Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1916

159 (11.7.1916)

Visual Library

No. 159. Karlsruhe, Dienstag den 11. Juli 1916. 36. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 75 ₰, ¼jährl. 2,25 ℳ. Zugestellt durch unsere Träger 85 ₰ bezw. 2,55 ℳ, durch den Postbot. 89 ₰ bezw. 2,67 ℳ, durch d. Feldpost 90 ₰ bezw. 2,60 ℳ; vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7—1 u. 2—½7 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Eck & Tie., Karlsruhe.

Das Recht versinkt im Meer.

Wie dieser Tage gemeldet wurde, haben sich die Regierungen Englands und Frankreichs nach einer Erklärung Cecils im Unterhaus dahin verständigt, daß die Londoner Deklaration über das Seerecht einseitig aufzuheben sei. Setzt sich dieser Akt der Willkür durch, dann werden die letzten Reste der völkerrechtlichen Ordnung der Hochseeschiffahrt beseitigt; dann wird bewiesen, daß den „westlichen Hütern von Recht und Gerechtigkeit" Macht vor Recht geht, sobald sie nur die Gewalt besitzen und ein Interesse an der Gewaltübung finden.

Der Zweck des jüngsten Rechtsbruchs der westlichen Demokratien ist, den Aushungerungskrieg gegen Deutschland lückenlos zu gestalten, die letzten geringen Hemmnisse hinwegzuräumen, die internationale Rechtstitel ihm noch bereiteten. Weder die Neutralen, die hierdurch genau wie die Gegner Englands getroffen werden, noch die Mittelmächte haben ein wirksames Mittel der Abwehr. Die Vereinigten Staaten ausgenommen, die aber heute sowenig wie früher bei ähnlichen Rechtsbeugungen Englands Miene zeigen, ihre Macht gegen die Freunde zu gebrauchen.

Offenbar ist die Aufhebung der Londoner Seerechtsdeklaration ein Ergebnis der Pariser Konferenzen. Dort war der schonungslose Wirtschaftskrieg gegen Deutschland und seine Verbündeten sowohl während dieses Krieges wie nach ihm der Gegenstand aller Beratungen. Die Westmächte haben dort die Führung bei der Niederlegung eines Werkes übernommen, das durch lange Jahrzehnte ihr Stolz und der Rechtsgrund war für ihren Anspruch, als Schöpfer einer Friedensordnung über den Völkern zu gelten, die das Recht höher stellen als brutale Gewalt.

Im Krimkrieg, den England, Frankreich, Italien-Sardinien gemeinsam gegen ihren jetzigen Bundesgenossen Rußland im Namen der westlichen Zivilisation wider östliche Barbarei und Tyrannei führten, ist die erste Seerechtsdeklaration durch ein großes Friedenswerk zustande gekommen. Der Pariser Kongreß vom Jahre 1856, der diesen Krieg schloß, hat nicht bloß die Landkarte geändert, sondern auch wertvolle und dauernde Garantien des Rechtes über den Staaten und Völkern geschaffen. Das wichtige Dokument der Zivilisation am 16. April 1856, der Pariser Friede enthält neben andern Gegenständen auch die Seerechtsdeklaration in vier Punkten:

1. Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft. (Kaperschiffe sind bewaffnete Handelsschiffe, die durch einen „Kaperbrief" das Vorrecht des gewaltsamen Seeraubes am Feinde erhalten.)

2. Die neutrale Flagge deckt das feindliche Gut, mit Ausnahme der Kriegskonterbande.

3. Neutrales Gut unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegskonterbande, darf nicht mit Beschlag belegt werden.

4. Die Blockaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, das heißt durch eine Streitmacht aufrechterhalten werden, die hinreicht, um den Zugang zur Küste des Feindes wirklich zu verhindern.

Durch vierzig Jahre war die Pariser Deklaration die einzige Quelle des Seerechts. Erst das Haager Friedenswerk hat der Bewegung zur Verbesserung der Freiheit der Meere zu Kriegszeiten neuen Anstoß gegeben. Die Haager Konferenz vom Jahre 1907 brachte einen Entwurf zustande, der dort von den Bevollmächtigten von 31 Staaten unterzeichnet wurde, während die Vertreter von England, Rußland und Japan die Unterzeichnung ablehnten und den Entwurf zum Scheitern brachten. Die wesentliche Verbesserung bestand in der Einrichtung eines objektiven, internationalen Prisengerichtshofes, der statt der Prisengerichte der Kriegführenden entscheiden sollte, sowie in der Abschaffung des Seebeuterechts.

Ueberraschenderweise ergriff Englands liberale Regierung kurz nach Schluß der Haager Konferenz die Initiative und berief auf den 4. Dezember 1918 eine Konferenz der Staaten nach London. An der Konferenz nahmen teil: Delegierte des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Rußlands, Japans, dann die der Vereinigten Staaten von Amerika, Spaniens und der Niederlande. Die Bevollmächtigten, die im Londoner Auswärtigen Amt tagten, unterzeichneten am 26. Februar 1909 die „Londoner Seerechtsdeklaration". Die Fertigung durch die Bevollmächtigten macht den Vertrag noch nicht rechtswirksam, es bedarf dazu der Ratifikation durch die einzelnen Staaten. Sie ist leider aus einem sofort anzuführenden Grunde nicht erfolgt, aber in den Gesetzbüchern der Vereinigten Staaten, Spaniens und der Niederlande ist die Erklärung über das Seekriegsrecht, die damals beschlossen wurde, aufgenommen worden. Sie kann aus diesen Gesetzbüchern nicht gestrichen werden, weil sich Frankreich und England nicht mehr gebunden halten an das Abkommen, das ihre Bevollmächtigten unterschrieben haben, ja das England selbst veranlaßt hat.

Frankreich und England heben nun aus eigener Machtvollkommenheit einen derartigen Vertrag auf, über den ja auch andere Staaten mitzubestimmen haben, nicht nur die Staaten, mit denen Frankreich und England im Kriege stehen, sondern auch drei sehr bedeutungsvolle neutrale Staatswesen. Die großbritannische Regierung hatte die Deklaration allerdings nie ratifiziert. An dem Widerstande des Oberhauses scheiterte die Annahme. An ihm waren vornehmlich inaktive Admirale, an ihrer Spitze Lord Beresford, schuld.

Bald nach Ausbruch des Krieges — am 20. August 1914 — als Deutschland sofort erklärt hatte, es werde sich an die Festsetzungen der Londoner Deklaration halten, falls seine Feinde gleicherweise verfahren würden, sagte auch die großbritannische Regierung, wenn auch mit einiger Einschränkung, zu, daß sie auf dem Boden der Deklaration stehen würde. Im Laufe der verflossenen dreiundzwanzig Monate hat es die englische Regierung als nutzbringend erachtet, sich von den Fesseln zu befreien. Das Bestreben, die Mittelmächte von der Nahrungsmittelzufuhr von Uebersee abzuschneiden, ohne daß eine wirksame Blockade aufrecht erhalten werden konnte, ja ohne daß überhaupt der Versuch hierzu gemacht wurde, bedeutete schon ein gänzliches Außerachtlassen der Abmachungen der Deklaration, ja selbst der weniger strengen Bestimmungen der Pariser Konferenz. Der neutrale Handel ist durch die Ausdehnung des Begriffs der Konterbande und durch die Theorie von der fortgesetzten Reise, der feindliche Handel durch die Umgehung der Pariser Vorschriften über die Blockade in widerrechtlicher Weise erdrosselt worden. Wie erinnerlich, sollte der Unterseebootskrieg gegen dieses Unrecht Vergeltung üben.

Müßiger Streit wäre es darum, ob sich die seebeherrschenden Mächte nach der selbstherrlichen Aufhebung der Londoner Deklaration wenigstens an die Beschlüsse des Pariser Kongresses von 1856 gebunden erachten. Auch sie sind längst zum alten Eisen geworfen. Sich gegen solches Vorgehen zur Wehr setzen, wäre Sache vor allem der Neutralen: die Kriegführenden stehen ohnehin im Kampfe und die Anwendung gleich rechtswidriger Mittel, die Vergeltung des Unrechts durch gleiches Unrecht, führt kaum zum Erfolg. Die europäischen Neutralen sind Kleinstaaten und zählen zum Teil nicht zu den seefahrenden Nationen. Ausschlaggebende Macht besäßen allein die Vereinigten Staaten.

Ihr Präsident Wilson hat ja auch als einen Punkt des ihm vorschwebenden Friedensprogramms eine Vereinbarung der Nationen genannt zur Sicherung der Hochstraßen der See für den gemeinsamen unbehinderten Gebrauch aller Völker der Welt. Wilson steht im Wahlkampf und hat andere Dinge im Herzen als die Heiligkeit des Völkerrechts und die amerikanische Kapitalistenklasse verdient an Kriegslieferungen für England und Frankreich, ferner sind Wilson und seine Freunde von Finanz und Industrie an sich nicht geneigt, England irgendwelche Schwierigkeiten zu machen. England hat sonach freie Hand und benutzt sie nach seinem Belieben.

Das Seekriegsrecht ist abgeschafft. Das Friedensseerecht aber, das bisher als Selbstverständlichkeit galt, so daß sich kaum ein Lebender den Rechtszustand anders vorstellen kann als bisher, als den Zustand voller Bewegungsfreiheit der Handelsschiffe, steht einstweilen noch nicht auf der Tagesordnung. Aber die englische Reederpresse fordert schon heute eine Erneuerung der Schiffahrtsakte, die das Anlegen fremder Schiffe in eigenen Häfen, die Freiheit der Verfrachtung einschränken, einen „Flaggenzoll" — das maritime Gegenstück zum Grenzzoll — für die Landung feindlicher Fahrzeuge vorschreiben und ihnen die Landung von Bunkerkohle in Ententehäfen verbieten soll.

Jede Art dieser Maßregel ist schon dagewesen, jede hat in der englischen Geschichte eine Rolle gespielt. Fährt Europa auf der nun einmal eingeschlagenen Bahn fort, so schreiten wir mit Riesenschritten zurück in den Rechtszustand der Welt zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges und eine Trümmerstätte ist das gesamte Völkerrecht, das dieser Weltteil in drei Jahrhunderten aufgebaut hat!

Ernteaussichten und Versorgung.

Das Kriegsernährungsamt hat Nachrichten über den Stand der Ernte aus den verschiedenen Landesteilen eingezogen. Die Nachrichten lauten weit überwiegend sehr günstig. Die im allgemeinen der Entwicklung der Feldfrüchte vorteilhafte Witterung hat die Nachteile, die aus der Bestellung der Felder mit unzureichendem Gespann und Düngemitteln hervorgehen, fast überall wettgemacht. Die Heu- und Klee-Ernte hat in den meisten Bezirken reiche Erträge gegeben; sie ist zwar durch Regengüsse aufgehalten, eine erhebliche Schädigung der Beschaffenheit ist aber dadurch von einzelnen kleineren Bezirken abgesehen, nicht eingetreten. Mit dem Schnitt der Wintergerste ist schon begonnen und der Roggen kommt in wärmeren Bezirken zur Reife.

Macht das Erntewetter keinen Strich durch die Rechnung, so können wir mit Sicherheit auf eine reichliche Mittelernte, jedenfalls auf eine solche rechnen, die an Rauhfutter, Brotgetreide und Futtergetreide erheblich über die vorjährige Mißernte herausgeht. Sind erst die nächsten Wochen, wo die alten Vorräte naturgemäß immer mehr zur Neige gehen, überwunden, so kann auf eine erhebliche Besserung der gesamten Versorgung gerechnet werden. Am schwächsten wird auch im neuen Erntejahr noch die Versorgung mit Fleisch und Fett bleiben. Es sind aber alle Vorkehrungen getroffen, um durch gleichmäßige Verteilung des Vorhandenen auch hierin die Verbraucher regelmäßiger und glatter versorgen zu können.

Eine Herabsetzung der Preise für Lebensmittel ist daneben selbstverständlich erwünscht und muß, wo es angeht, herbeigeführt werden. Da es vor allem auf eine möglichste Ausdehnung der Erzeugung ankommt, muß in der Preispolitik Vorsicht und insbesondere Stetigkeit walten; unbedachte Preisermäßigungen, denen nachher notgedrungen wieder eine Preiserhöhung folgt, müssen unbedingt vermieden werden.

Der australische Ministerpräsident über Krieg und Frieden.

TK. **Kopenhagen**, 6. Juli. Der australische Ministerpräsident Hughes, der bekanntlich an der Pariser Wirtschaftskonferenz teilnahm, gewährte dem Londoner Korrespondenten der „Politiken" eine Unterredung, wobei er verschiedene politische und wirtschaftliche Fragen, die nach dem Kriege entstehen werden, eingehend erörterte.

Hughes ist einer der interessantesten Männer im britischen Reiche. Vor 40 Jahren wanderte er als einfacher Arbeiter nach Australien aus. Durch Begabung und Ehrgeiz wurde er der mächtigste Führer der Arbeiterpartei Australiens, durch seine Tätigkeit ist Australien das Musterland für soziale Reformen geworden, und er selbst ist jetzt Regierungschef dieses großen demokratischen Zukunftslandes.

Hughes ist ein eifriger Imperialist und sein Einfluß ist im ganzen Reiche zu spüren. Während seines Besuches in England hat er mit seinen Reden mehr als jemand anders den imperialistischen Gedanken im Volke gefördert. Gleich Lloyd George, dem er in seiner glühenden Redekunst gleicht, stammt Hughes aus Wales.

Liberale und Demokraten in Großbritannien hegten einen sehr großen Unwillen gegen den imperialistischen Gedanken, nachdem er durch Joseph Chamberlain in den Dienst der Konservativen gestellt und nachher auch dazu mißbraucht worden war, den Iren Selbstverwaltung zu verweigern und die Buren zu unterdrücken. Hierin will Hughes Wandlung schaffen und eine Demokratisierung des imperialistischen Begriffs herbeiführen.

„Was denken Sie vom Zustande nach dem Kriege? Glauben Sie an einen dauernden Frieden?" Auf diese Frage des Korrespondenten antwortete Hughes: „Es muß ein Dauerfrieden sein, und hieraus folgt, daß keine Rede von einem voreiligen Frieden sein kann. Die Welt will nicht nochmal eine solche Katastrophe erleben." — „Ich will nicht gesagt haben," fährt der Ministerpräsident fort, „daß es ein ewig dauernder Frieden sein wird. Es können in der Zukunft gefahrvolle Gebiete, die nicht vollständig kontrolliert werden können, entstehen. Wir müßten aber wenigstens 60 Jahre der Ruhe entgegensehen können ... Nach dem Siege der Alliierten würde der größte Teil der Welt im gegenseitigen Verständnis vereinigt sein (!). Die Vereinigten Staaten werden sicherlich nie irgend eine europäische Macht angreifen wollen, ebenso wie keine von diesen Amerika angreifen würde. Auch ist es unmöglich, daß die Mitglieder der Allianzen sich gegenseitig angreifen werden. Alle Unstimmigkeiten zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland waren längst vor dem Kriege beseitigt und Italien sowie Japan sind damit einverstanden. Man ist über die Hauptprinzipien für die Ordnung nach dem Kriege bereits einig und die Entscheidungen, die noch zu treffen sind, werden in Uebereinstimmung mit dem, was Gerechtigkeit und Reinlichkeit erfordert, vorgenommen. Es ist nichts in den Aussichten für die Zukunft, das meinen Glauben an ein gegenseitiges Verständnis für lange Zeit zwischen diesen Mächten erschüttern kann. Alles wird von dem absoluten Willen, daß kein Mißverständnis zum Kriege führen darf, bestimmt. Ich hoffe, daß auch das deutsche Volk Mitglied dieser großen Weltallianz für den Frieden werden wird. Unstimmigkeiten werden mit der Zeit entstehen, sie werden aber in letzter Instanz nicht durch Krieg, sondern durch Verhandlungen, Vermittlung, Schiedsgericht oder von einem internationalen Gericht geregelt werden."

„Eine der Wirkungen dieses Krieges", setzt der Ministerpräsident fort, „werden soziale Reformen im großen Stile sein. Die arbeitenden Klassen werden bessere Bezahlung verlangen, bessere Wohnungen, besseren Schutz gegen gewissenlose Ausbeutung, bessere Lebensbedingungen im großen und ganzen. Millionen Männer werden vom Kriege nach Hause zurückkehren, mit den Schrecknissen, die sie erlebt und den Opfern, die sie und ihre Kameraden gebracht haben, im Gedächtnis. Sie werden sich ihrer Bedeutung für Land und Reich bewußt sein, sie werden für sie und ihre Familien, die auch zu leiden hatten, soziale Rechte fordern. Niemand darf sich einbilden, daß die Dinge in ihren alten sozialen Gleisen weitergehen werden, wenn der Krieg vorbei ist und diese Millionen nach Hause zurückkehren. Es müssen soziale Reformen kommen oder es wird eine soziale Revolution ausbrechen, der kein Konservatismus entgegenstehen kann.

Aber mit der vernünftigen Regelung dieser Fragen und wenn die Demokratie in den führenden Ländern an der Macht wäre

würde man eine andere Garantie für einen dauernden Frieden als bisher haben."

„Glauben Sie, daß eine allgemeine Entwaffnung möglich wäre, falls der Krieg in der Weise, wie Sie annehmen, endet?"

„Meiner Meinung nach dürfte eine vollständige Entwaffnung unmöglich oder in jedem Falle unklug sein. Es ist die Pflicht jeder Nation, auf Selbstverteidigung vorbereitet zu sein. Man muß ja auch Polizei haben, um friedliche Bürger gegen Ueberfall zu schützen. Aber es ist ein großer Unterschied zwischen Ueberbewaffnung mit dem Ziele, die Welt zu überfallen, und einer Organisation der vereinigten Selbstverteidigung. Wenn die Welt sich für den Frieden organisiert, wird es nur nötig sein, eine genügende Anzahl Militär-Sachverständige und eine geschmeidige Organisation zu haben, sodaß eine Nation im Falle der Notwendigkeit in der Lage ist, große und geübte Massen zu bewaffnen. So hatten wir es in Australien. Beim Anfang des Krieges hatten wir kein nennenswertes Heer, aber wir hatten Inspektionsoffiziere und eine ausgedehnte Organisation, sodaß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Heer aufstellen konnten. Worunter England beim Anfang am meisten litt, war, daß es eine Organisation nach allzu kleinem Maßstab hatte, sodaß bei dem Abtransport der Mannschaften eine Stockung eintrat."

„Dies ist," schloß der Ministerpräsident, „eine der Lehren des Krieges und falls die Demokratie der Welt sie sich ans Herz legen möchte, können die enormen Ausgaben für die großen stehenden Heere für nützlichere Sachen gespart werden."

Klingt alles sehr schön, aber noch ist keine Aussicht vorhanden, das Wiederaufkommen solcher Gegensätze zu verhindern, wie sie zu diesem Kriege geführt haben.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

WTB. Großes Hauptquartier, 10. Juli. (Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Beiderseits der Somme dauert der schwere Kampf fort. Immer wieder schicken unsere tapferen Truppen den Angreifer in seine Sturmstellungen zurück und wo sie seinen dichtauffolgenden Angriffswellen vorübergehend Raum geben mußten, haben sie ihn durch rasche Gegenstöße wieder geworfen; so wurden das Wäldchen von Trones den dort eingedrungenen Engländern, das Gehöft La Maisonnette und das Dorf Barleux den Franzosen im Sturm wieder entrissen und gegen den Feind in Hardevourt vorgearbeitet. Um Ovillers wird ununterbrochen Mann gegen Mann gekämpft. Im Dorfe Biaches haben die Franzosen Fuß gefaßt; zwischen Barleux und Belloy sind ihre vielen tapferen Angriffe unter den größten Verlusten restlos zusammengebrochen. Weiter westlich hinderte Sperrfeuer sie am Verlassen ihrer Gräben.

Zwischen dem Meere und der Ancre, im Gebiete der Aisne, in der Champagne und östlich der Maas frischten die Feuerkämpfe zeitweise auf; zu Infanterietätigkeit kam es westlich von Warneton, östlich von Armentières, in der Gegend von Tahure und am Westrande der Argonnen, wo vorstoßende französische Abteilungen abgewiesen wurden. Bei Hulluch, bei Givenchy und auf Vauquois sprengten wir mit gutem Erfolge.

*

Der Flugdienst war beiderseits sehr rege. Unsere Flieger haben **5 feindliche Flugzeuge** (eins bei Nieuport-Bad, zwei bei Cambrai, zwei bei Bapaume und zwei Fesselballons, je einen an der Somme und an der Maas) **abgeschossen.** Die Oberleutnants Walz und Gerlich haben ihren vierten, Leutnant Leffers seinen fünften, Leutnant Parschau seinen achten Gegner außer Gefecht gesetzt. Dem letzteren hat S. M. der Kaiser für seine hervorragenden Leistungen den Orden pour le Mérite verliehen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front hat sich, abgesehen von einem vergeblichen russischen Angriff in Gegend von Skrobowa (östlich von Gorodischtsche) nichts Wesentliches ereignet.

Heeresgruppe des Generals von Linsingen.

Der gegen die Stochod-Linie vorfühlende Feind wurde überall abgewiesen; ebenso scheiterten seine Vorstöße westlich und südwestlich von Luck.

Deutsche Flugzeuggeschwader griffen feindliche Unterkünfte östlich des Stochod erfolgreich an.

Armee des Generals Grafen von Bothmer.

Patrouillentätigkeit und erfolgreiche Gefechte im Vorgelände.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unsere Vorposten südlich des Dojran-Sees schlugen feindliche Abteilungen durch Feuer ab.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 10. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Vereinzelte Vorstöße des Feindes wurden abgeschlagen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront beschränkte sich die Gefechtstätigkeit auf Artilleriefeuer und Luftkämpfe. Unsere Seeflugzeuge warfen auf die Adriawerke neuerdings Bomben. Zwischen Brenta und Etsch wurde an mehreren Stellen erbittert gekämpft. Gegen unsere Linien südlich der Cima Dieci führten starke Alpinikräfte mehrere Angriffe, die von Abteilungen unserer Infanterie-Regimenter Nr. 17 und 70 unter schwersten Verlusten des Feindes abgeschlagen wurden. Ueber 800 Italiener liegen vor unseren Gräben. Nachts scheiterte ein feindlicher Vorstoß im Raume des Monte Interotto. Im Abschnitt östlich des Brandtales griffen Alpini bei Valmorbia und den Monte Corno an, gelangten auch in den Besitz dieses Berges, verloren ihn aber dank eines Gegenangriffes unserer tapferen Tiroler Landschützen, denen sich hier 455 Italiener ergaben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

5 englische Ueberwachungsdampfer vernichtet.

Bei Tagesanbruch traf unser Kreuzer „Novara" in der Otrantostraße auf eine Gruppe von vier oder, wie alle dabei gemachten Gefangenen übereinstimmend angeben, von fünf armierten englischen Ueberwachungsdampfern und zerstörte sie alle durch Geschützfeuer. Alle Dampfer sanken brennend, davon drei durch Explosionen der Kessel. Von ihren Bemannungen konnte die „Novara" nur neun Engländer retten.

Flottenkommando.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 10. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Bericht aus dem Hauptquartier. An der Irak-Front und in Persien keine Veränderung. An der Kaukasusfront auf dem rechten Flügel nichts von Bedeutung, abgesehen von Scharmützeln zwischen Aufklärungsabteilungen. Ein feindlicher Angriff gegen den Abschnitt im Zentrum wurde unter großen Verlusten für die Russen zurückgeschlagen. Wir machten 35 Gefangene. Auf dem linken Flügel wurden schwache feindliche Angriffsversuche abgeschlagen. Sonst ist nichts zu melden.

Der französische Bericht.

WTB. **Paris,** 10. Juli. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag 3 Uhr. Auf beiden Seiten der Somme war die Nacht ruhig. Die Gesamtzahl der gestern bei Hardecourt gemachten Gefangenen beträgt 633, darunter 10 Offiziere. An der Nordfront von Verdun beschossen die Deutschen andauernd die Abschnitte von Chattancourt, Fleury und die Batterie von Damloup. Westlich des Waldes von Apremont versuchten die Deutschen zwei Handstreiche gegen die Stellungen von Croix—Saint-Jean. Eine ihrer Abteilungen drang in einen französischen Graben ein, wurde aber unmittelbar durch Handgranatenkampf daraus vertrieben, die andere Abteilung wurde zerstreut, noch bevor sie an unsere Gräben herankommen konnte. In den Vogesen griffen die Deutschen gegen Tagesende nach einer heftigen Beschießung ein Werk südlich des Hügels von St. Mari an. Der Angriff scheiterte in unserm Feuer. Im Laufe der Nacht glückte eine kleine französische Unternehmung nördlich des Hartmannsweiler-Kopfes vollständig. Die Franzosen brachten ein Maschinengewehr und 14 Gefangene zurück.

WTB. **Paris,** 10. Juli. Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr: Nördlich der Somme ist kein Ereignis zu melden. Südlich der Somme begann im Laufe des Tages eine Offensivunternehmung östlich von Flaucourt auf einer Front von ungefähr 4 Kilometer vom Fluß bis nördlich Belloy-en-Santerre. Auf der ganzen Angriffslinie eroberten unsere Truppen die feindlichen Stellungen in einer Geländetiefe von 1 bis 2 Kilometern. Wir bemächtigten uns des Dorfes Biaches und richteten unsere Stellungen auf einer Linie ein, die von diesem Dorfe bis in die Abschnitte von Barleux streicht. Bei dieser Unternehmung machten wir 300 Gefangene. Auf den beiden Ufern der Maas ziemlich große Artillerietätigkeit, namentlich in den Abschnitten von Fleury und dem Fumin-Walde.

Der englische Bericht.

WTB. **London,** 10. Juli. Amtlicher Bericht von gestern. Die feindliche Artillerie war tätig. Artilleriekämpfe in verschiedenen Abschnitten. Wir rückten wiederum angesichts des hartnäckigen Widerstandes in der Nachbarschaft von Ovillers vor. Der Feind unternahm am Nachmittag zwei wütende Gegenangriffe auf unsere neue Stellung im Walde von Trones, in dem Bemühen, seine Verluste der letzten Woche wieder einzubringen. Seine Angriffe brachen in unserm Artilleriefeuer vollkommen zusammen.

WTB. **London,** 10. Juli. General Haig meldet von gestern: In der letzten Nacht war zwischen Ancre und Somme die Gefechtstätigkeit weniger heftig, als in den letzten beiden Tagen. Wir machten wiederum Fortschritte in der Nachbarschaft von Ovillers. In einem anderen Abschnitte eroberten wir eine Gruppe befestigter Gebäude. Die Deutschen machten keinen weiteren Versuch, die verlorenen Stellungen, die von unsern Truppen nördlich von Givenchy gehalten werden, wieder zu nehmen. Nach einer heftigen Beschießung eines Teils des Abschnitts, der von Neuseeländischen Truppen gehalten wurde, gelang es dem Feinde, nach einem heftigen örtlichen Angriff an einer Stelle, in unsere Gräben einzudringen. Nach halbstündigem Kampfe wurde er jedoch durch Neuseeländische Truppen wieder hinausgeworfen. Es blieben viele Deutsche tot in unsern Gräben liegen.

Der Kampf zur See.

Ein deutsches Unterseeboot in Amerika angekommen.

London, 10. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) **Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Neuyork, in dem gemeldet wird, daß ein deutsches Unterseeboot mit einer wertvollen Ladung Farbstoffe in Baltimore angekommen ist. 20 Meilen von der Küste wurde das Unterseeboot von britischen und französischen Kreuzern verfolgt, wodurch seine Ankunft um vier Tage verzögert wurde.**

Sonstige Kriegsnachrichten.

Ein Luftangriff auf die englische Südostküste.

London, 10. Juli. (WTB. **Amtlich.**) **Kurz vor Mitternacht besuchten feindliche Flugzeuge die Südostküste. Es wurden anscheinend fünf Bomben abgeworfen. Bisher wurde kein Schaden gemeldet. Abwehrkanonen nahmen den Kampf gegen die Flugzeuge auf.**

Die englische Gewaltpolitik gegenüber den Neutralen.

Berlin, 10. Juli. Die verschärfte Kontrolle, die England über die holländische Schiffahrt ausübt, um zu verhindern, daß Güter von Holland nach Deutschland gelangen, soll sich laut „Vossischer Zeitung" jetzt auch auf die Flußschiffahrt in holländischen Binnengewässern erstrecken.

Englands Kriegsindustrie.

London, 10. Juli. (Reuter.) Der Parlamentssekretär des Munitionsamtes Kellaway sagte in seiner Rede in Bradford, nichts was die Deutschen jemals getan hätten, käme der Arbeit gleich, die England in den letzten 12 Monaten geleistet habe. 90 Arsenale seien errichtet worden. Die Erzeugung von Kanonen und Haubitzen habe um mehrere hundert Prozent zugenommen. 660 000 Frauen seien in der Kriegsindustrie tätig und die Gesamtzahl der Arbeiter in den Kriegsindustrien betrage 3 500 000. Schließlich teilte der Parlamentssekretär mit, daß ein Entfernungsmesser erfunden worden sei, mit dem man die genaue Höhe, in der Zeppeline sich befinden, bestimmen könne.

England und die Neutralen.

Eine Denkschrift der deutschen Regierung.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilt, den in Berlin beglaubigten Vertretern der neutralen Staaten unter dem 17. Juni d. J. nachstehende Denkschrift über völkerrechtswidrige Maßnahmen Englands gegen neutrale Firmen, die Handelsbeziehungen zu Deutschland unterhalten, überreicht:

Durch ein Gesetz vom 23. Dezember 1915 ist die Großbritannische Regierung ermächtigt worden, Firmen im neutralen Ausland wegen ihrer feindlichen Staatsangehörigkeit oder wegen ihrer Beziehungen zu Feinden den feindlichen Ausländern im Sinne der Vorschriften über das Handelsverbot gleichzustellen. Diese Gleichstellung bedeutet, wie durch eine Ausführungsverordnung vom 29. Februar 1916 näher festgestellt wurde, nicht nur ein Verbot des Abschlusses neuer Handelsgeschäfte mit britischen Firmen, sondern auch einen weitgehenden Eingriff in die wohlerworbenen Privatrechte der betroffenen Unternehmungen; insbesondere sind diese den nachstehenden Bestimmungen unterworfen:

Das in England befindliche Vermögen der Unternehmungen ist gesperrt, d. h. sie können ohne Genehmigung der Regierung nicht darüber verfügen, beispielsweise Guthaben bei englischen Banken und Forderungen an englische Firmen weder einziehen noch abtreten (Sektion 6 der Trading with the Enemy Amendement Act, 1914), auch Wertpapiere, die in England ausgestellt sind, nicht übertragen (Sektion 8 ebenda).

Der Gegenwert fälliger Zinsscheine oder sonstiger Wertpapiere kann nach Belieben des Schuldners bei Gericht hinterlegt werden (Sektion 7 des bezeichneten Gesetzes).

Nach Gutdünken des Handelsamtes kann jeder ihnen gehörige Vermögensgegenstand im Vereinigten Königreich, insbesondere jeder Anteil an britischen Aktiengesellschaften und sonstigen Handelsgesellschaften, selbst wenn die Aktie sich nicht im britischen Machtbereich befindet, zwangsweise verkauft und der Erlös hinterlegt werden (Sektion 4 der Trading with the Enemy Amendement Act, 1916).

Nach der britischen Rechtsprechung, wie sie sich in diesem Kriege im Gegensatz zu der weniger schroffen Auffassung früherer britischer Urteilssprüche ausbildete, hat das Handelsverbot zur Folge, daß Kauf- und Lieferungsverträge der Betroffenen mit britischen Firmen in der Regel als aufgelöst gelten; auch können die Betroffenen vor britischen Gerichten nicht als Kläger auftreten.

Die Britische Regierung hat mittels einer offenbar amtlich veranlaßten Presseveröffentlichung sowie in einem dem Parlament mitgeteilten Notenwechsel mit der Amerikanischen Botschaft in London (Miscellaneous no. 11. 1916) diese in der Geschichte der neueren Zeit unerhörten Eingriffe in die Privatrechte von Neutralen damit zu rechtfertigen gesucht, daß es sich nur um eine gemilderte Uebernahme des von der französischen Regierung auf dem Gebiete der Handelsverbote durchgeführten Nationalitätenprinzips handle, das angeblich von vielen neutralen Staaten als Grundlage ihres Verhaltens im Falle eines von ihnen geführten Krieges bezeichnet worden sei; ja sie hat es unternommen, ihr Vorgehen als vom Geiste der Rücksicht auf die Neutralen eingegeben hinzustellen. Die Haltlosigkeit dieses Rechtfertigungsversuchs liegt auf der Hand.

Zwar hat die französische Regierung bald nach Kriegsausbruch unter Verleugnung der von ihr selbst noch kurz vor dem Kriege anerkannten Grundsätze in der Form eines Handelsverbots das in ihrem Machtbereich befindliche Privatvermögen von Angehörigen des Deutschen Reichs ohne Rücksicht auf deren Wohnsitz beschlagnahmt. Abgesehen von Ausnahmefällen, die, soviel bekannt, alsbald zu diplomatischen Reklamationen geführt haben, ist sie abere nicht so weit gegangen, neutrales Eigentum anzutasten. Noch weniger hat irgend ein neutraler Staat zu erkennen gegeben, daß er im Falle eines von ihm geführten Krieges ein solches Verfahren anzuwenden beabsichtige.

Die britischen Bestimmungen dagegen treffen nicht nur die im neutralen Ausland ansässigen Deutschen, sondern auch neutrale Firmen, wenn daran nur irgendwie deutsches Kapital beteiligt ist, ja wenn sie nur in irgendwelchen Verbindungen mit deutschen Handelshäusern stehen. Die britische Regierung hat auch nicht gezögert, die Bestimmungen in diesem Sinne anzuwenden, so daß schon jetzt die Liste der von ihr verfehmten Firmen mit ausschließlicher oder überwiegender Beteiligung neutralen Kapitals einen erheblichen Umfang angenommen hat und zahlreiche neutrale Länder umfaßt. Insbesondere enthält die Liste nicht wenige neutrale Aktiengesellschaften, obwohl nach einem allgemein anerkannten Satze des Völkerrechts Gesellschaften mit selbständiger Rechtspersönlichkeit als Angehörige des Staates, in dem sie rechtmäßig errichtet wurden, anzusehen sind und vollen Anspruch auf den Schutz dieses Staates gegenüber andern Mächten haben.

So ungewöhnlich und bar jeden Scheines von Berechtigung die geschilderten Eingriffe Englands in die Privatrechte der auf die „schwarze Liste" gesetzten Neutralen sind, so werden sie an Bedeutung doch noch übertroffen durch die Wirkungen, welche die britischen Behörden dem Gesetz über seinen eigentlichen Geltungsbereich hinaus tatsächlich zu geben wissen. Durch die Drohung der Aufnahme in die Liste üben Großbritanniens Vertreter in vielen neutralen Ländern einen Druck ohne gleichen auf einen großen Teil der dortigen Handelswelt aus. Wer diesen Vertretern nicht Bücher und Geschäftsgeheimnisse preisgibt, wer sich weigert, auf ihr Verlangen deutsche Angestellte zu entlassen, oder wer sich nicht in allen Einzelheiten ihren Weisungen über die Führung seiner Geschäfte fügt, wird mit der Aufnahme in die schwarze Liste bedroht. Nicht selten dient der Kampf gegen angebliche deutsche Einflüsse nur als durchsichtige Maske einer rücksichtslosen britischen Interessenpolitik.

Die deutsche Regierung muß es den einzelnen neutralen Regierungen überlassen, wie weit sie sich den britischen Uebergriffen aus tatsächlichen Gründen fügen wollen, obwohl eine solche Nachgiebigkeit mit dem Geiste wahrer Neutralität schwer vereinbar erscheint. Vom Standpunkt des internationalen Rechtes unterliegt es jedenfalls keinem Zweifel, daß das Recht der Neutralen, mit den Angehörigen einer kriegführenden Macht friedliche Handels- und Finanzbeziehungen zu unterhalten, lediglich an den Grundsätzen über Seeprisen seine Grenzen findet, nicht aber durch Vermögenssperre und amtlichen Boykott beeinträchtigt werden darf.

Deutsche Politik.

Die Einwirkung des Krieges auf die Reichspostverwaltung.

Im „Staatsbedarf", dem Zentralorgan für staatliche und kommunale Wirtschaftspolitik, gibt Postdirektor Eichler-Duisburg eine Uebersicht über die Einwirkungen, die der Krieg auf die Reichspostverwaltung ausgeübt hat. Eichler teilt zu-

nächst mit, daß in den Jahren 1883—1913, also in 30 Jahren, die Einnahmen der Reichspost von 158,2 Millionen Mk. stiegen auf 861,4 Millionen, die Ausgaben von 136,1 auf 729,6 Millionen, die Ueberschüsse von 22,1 Millionen auf 131,8 Millionen Mk. Im Rechnungsjahr 1915 war nun mit einem Einnahmesoll von 887 Millionen Mk. gerechnet worden. In Wirklichkeit betrugen die Einnahmen aber nur 741 Millionen Mk. An Ausgaben waren veranschlagt 750 Millionen Mk.; das Ergebnis war 790 Millionen Mk., sodaß sich statt des erwarteten Ueberschusses von 137 Millionen Mk. ein Zuschuß von 49 Millionen Mk. ergab. Somit ist für den Gesamthaushalt des Reichs ein Verlust von 186 Millionen Mk. eingetreten. Noch niemals ist seit Bestehen der Reichspost ein Zuschuß notwendig gewesen. Trotz alledem müsse es mit besonderer Befriedigung erfüllen, sagt Eichler, daß die Einnahmen trotz der Lahmlegung fast des gesamten Außenhandels nur auf die Höhe der Einnahmen des Jahres 1911 zurückgegangen sind. Dieser Rückgang der Einnahmen erkläre sich nicht nur aus der Lahmlegung des Handels, sondern vornehmlich auch aus den außerordentlich weitgehenden Leistungen, welche die Postverwaltung im Interesse der Heeresangehörigen kostenlos übernommen hat. — Die ungewöhnliche Steigerung der Ausgaben findet nach Eichler ihre Erklärung zum Teil in den Mehraufwendungen für den gesamten Sachbedarf der Verwaltung infolge der Verteuerung fast aller Rohstoffe, zum größten Teil aber in der Vermehrung der Personalausgaben. Einerseits war den zum Heeresdienst einberufenen, nahezu 100 000 Angestellten das Diensteinkommen unverkürzt fortzuzahlen, andererseits waren zur Bewältigung des Verkehrs, namentlich des ins Riesenhafte angeschwollenen Feldpostverkehrs, zahlreiche Vertreter- und Aushilfskräfte in den Dienst einzustellen und zu besolden.

Der Nationalausschuß für ehrenvollen Frieden.

Die „National-Zeitung" hat sich bei einer leitenden Persönlichkeit in dem neugebildeten Nationalausschuß für ehrenvollen Frieden über dessen Ziele erkundigt. Sie berichtet über das Ergebnis ihrer Erkundigung folgendes: „Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß es die Absicht des Deutschen Nationalausschusses ist, eine mittlere Linie einzuschlagen, d. h. sowohl bei den sogenannten „Flaumachern", wie auch bei jenen Leuten, die allzuweitgehende Forderungen aufstellen, aufklärend zu wirken. Die Aufklärung soll erfolgen sowohl durch Vorträge wie durch die Presse, wie auch endlich durch alle statthaften Werbemittel, und sie soll — wenn man so sagen darf — in einer durchaus friedlichen Weise, also ohne scharfe Polemiken betrieben werden. Die vorbereitenden Arbeiten des Nationalausschusses sind derzeiten noch im Gange. Am Donnerstag wurde die gründende Versammlung im Hotel Adlon abgehalten, eine zweite Versammlung im engeren Kreise fand am Freitag statt. Der Hauptsache nach ist der Deutsche Nationalausschuß als eine Körperschaft mit nur ziemlich begrenzter Teilnehmerzahl gedacht und es sollen als Mitglieder nur vollkommen unabhängige Persönlichkeiten aufgenommen werden, demnach niemand in beamteter Stellung. Laufende Geschäfte der Körperschaft werden von den Herren Ulrich Rauscher und Robert Breuer besorgt, beide als Schriftsteller von zweifelloser Begabung bekannt, der erstere als ständiger Berliner Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung, der letztere als Mitarbeiter zumeist ganz links stehender Blätter".

Badische Politik.

Die badische Regierung über die Mobilmachung der Arbeitskräfte nach dem Kriege.

Auf einen in der „Leipziger Abendzeitung" erschienenen Artikel „Die Mobilmachung der Arbeitskräfte nach dem Kriege" hat das badische Ministerium des Innern dem Blatte u. a. folgendes mitgeteilt:

„Den angeregten Fragen wird auch in Baden größtes Interesse entgegengebracht. Es wird aufs neue Anlaß zu einer Prüfung der Frage genommen werden, inwieweit hinsichtlich der Ausgestaltung der bestehenden öffentlichen Arbeitsnachweise noch weiteres zu geschehen hat. Die in den Amtsbezirken eingerichteten Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte werden nach Möglichkeit der allgemeinen Arbeitsvermittlung für heimkehrende Kriegsteilnehmer nutzbar gemacht werden in Verbindung mit der Fühlung mit den örtlichen militärischen Stellen. Die Handels- und Handwerkskammern, sowie die größeren Arbeitgeberverbände des Landes sind ersucht worden, daß die Arbeitgeber alle offenen Stellen an die Nachweise melden und sich möglichst früh darüber klar werden, welche der heimkehrenden Krieger sie als Arbeiter wieder einzustellen wünschen. Bezüglich des in Not geratenen Mittelstandes ist beabsichtigt, unter staatlicher Mitwirkung Darlehen zu mäßigem Zinsfuß zur Verfügung zu stellen."

Aus der Partei.

Kreisverein des 9. Reichstagswahlkreises (Pforzheim, Durlach, Ettlingen, Gernsbach). Die Vertrauenspersonen der Mitgliedschaften werden ersucht, bis 15. Juli die Abrechnung fertigzustellen und einzuliefern. — Wie vom Landesvorstand bekanntgegeben wurde, erscheint auch in diesem Jahr der „Badische Volkskalender". Da dieser voraussichtlich etwas später erscheint, ersuchen wir die Parteigenossen, in ihren Kreisen eifrig für den Verkauf des Kalenders Sorge zu tragen. Dieselben wollen alsbald ihren Bedarf an uns mitteilen. — In nächsten Tagen erhalten die Vertrauensleute eine Mitteilung betreffs der Unterstützung der Familien, deren Ernährer zum Heeresdienst einberufen sind. Wir ersuchen dringend, die Antwort bis 20. Juli an uns erfolgen zu lassen.

Der Kreisvorstand.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* **Behördlich geschlossene Mühle.** Der Mühlenbetrieb des Müllers L. Fr. Baumann in Karlsdorf wurde wegen Unzuverlässigkeit in der Befolgung der Bundesratsvorschriften polizeilich geschlossen.

Aus Durmersheim, Amt Rastatt, schreibt man uns: Wie stiefmütterlich die Landorte zum Teil vom Kommunalverband versorgt werden, davon kann auch die Durmersheimer Arbeiterbevölkerung ein Liedchen singen. Nur das eine dürfte genügen: Seit Freitag haben die hiesigen 6—8 Bäcker kein Krümmchen Brot zu verkaufen, da sie angeblich kein Mehl zugewiesen bekommen. Vor etwa vierzehn Tagen hat einer einmal sieben Tage lang kein Brot backen können. Da muß man denn doch fragen: Von was glauben denn die Herren, daß der Arbeiter, der in die Stadt fährt, leben soll? Kommt man aufs hiesige Rathaus und will Landesbrotmarken haben, damit sich die Leute in Karlsruhe verpflegen können, haben sie auch keine. So bekommen die Arbeiter in Karlsruhe nichts und in Durmersheim nichts und nichts + nichts gibt 0. Die Arbeiterbevölkerung unseres Ortes, die in der Mehrzahl ist, ist wirklich schlimm daran. Die maßgebenden Stellen sollten hier schleunigst eingreifen.

* **Mannheim,** 10. Juli. Die am 13. Juli 1916 stattfindende Bürgerausschußsitzung hat über eine Vorlage des Stadtrats „Erhöhung des Anlehens" für die durch den Krieg notwendig gewordenen außerordentlichen Aufwendungen von 13 Millionen Mark auf 18 Millionen Mark Beschluß zu fassen. Dazu hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag gestellt: „Entsprechend der erschwerten allgemeinen Lebensmittelverhältnisse ist die Unterstützung für die Familien von Kriegsteilnehmern umgehend zu erhöhen". Dieser Antrag entspringt einem dringenden Bedürfnis, damit die Frauen der Kriegsteilnehmer die erhöhten Aufwendungen des Lebensunterhaltes bestreiten können.

* **Mannheim,** 10. Juli. Gestern nachmittag hängte in der Nähe der Friedrichsbrücke der sieben Jahre alte Volksschüler Oskar Sauer die Füße in den Neckar, rutschte dabei in den hochangeschwollenen Fluß und ertrank. Die Leiche wurde nach zwei Stunden geborgen. — Geländet wurde am Sonntag morgen an der Floßhafenmündung die Leiche des zehn Jahre alten Volksschülers Walter Siegel, der am 5. d. M. beim Baden in der Nähe des neuen Krankenhauses ertrunken ist.

* **Freiburg,** 10. Juli. Ein 73jähriger Witwer verübte am 7. d. M. Selbstmord, indem er sich mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Er zeigte in letzter Zeit Spuren von Geistesstörung.

* **Furtwangen,** 10. Juli. Wie man dem „Echo vom Wald" schreibt, wird die Heidelbeerernte in diesem Jahr einen außerordentlich reichen Ertrag liefern. Es sollten jetzt alle Vorkehrungen getroffen werden, um alle Beeren der menschlichen Ernährung zuzuführen. Die Reifezeit beginnt hier erst im letzten Drittel des Juli. Bestellungen innerhalb Badens vermittelt jetzt schon das hiesige Bürgermeisteramt

Die Kartoffelversorgung in Baden.

* **Karlsruhe,** 10. Juli. Der jetzt, besonders in den großen Städten herrschenden Kartoffelknappheit dürfte schon in wenigen Tagen abgeholfen werden. Wie wir hören, wird die Reichskartoffelstelle vom 15. Juli ab der badischen Kartoffelversorgung Frühkartoffeln zur Verfügung stellen können und aus unserem Lande selbst dürften bald danach die ersten größeren Mengen Frühkartoffeln zum Verkaufe kommen. Die jetzige Kartoffelnot ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß in den großen Städten Preußens große Mengen dieses Nahrungsmittels angefordert wurden und der Osten keine Kartoffeln mehr liefern konnte. Um die fehlenden Kartoffeln durch Mehl zu ersetzen, hatten die badischen Stellen 8000 Zentner Mehl von der Reichsgetreidestelle erhalten.

Bei der Versorgung mit Frühkartoffeln wird man, um sie zu einer gleichmäßigen zu gestalten, eine Zentralisierung anstreben; der freie Verkehr wird dadurch ausgeschaltet werden, sobald aber genügend Mengen Kartoffeln zur Verfügung stehen, soll der Kleinhandel herangezogen werden. Die badische Kartoffelversorgungsstelle hat Sachverständige bestellt, die mit Hilfe von Unterkäufern die Kartoffeln denjenigen Stellen zuführen, wo sie benötigt werden. Die Abgabe der Frühkartoffeln wird überall in Baden nur gegen Kartoffelmarken erfolgen.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

* **Karlsruhe,** 11. Juli. Die augenblickliche Witterung hat den Stand der Gemüsebauten recht begünstigt. Trotzdem werden vielfach Klagen laut, daß noch immer nicht genug Gemüse auf die Märkte der größeren Städte kommt. Um zu verhüten, daß mit dem weiteren Fortschreiten der Gemüseernte den Gemüsekonservenfabriken und den Dörrgemüsefabriken, die wie Pilze aus dem Boden gewachsen sind, überreiche Mengen Gemüse zukommen, wird vom Reich die Einführung von Höchstpreisen für Erbsen, Bohnen, Karotten und für Weißkohl ins Auge gefaßt; sollten die Reichsstellen nicht zu einer schnellen Lösung kommen, so wird Baden seine eigene Versorgungsregelung für Gemüse einrichten müssen.

Zur Obstversorgung wird mitgeteilt, daß Obst jetzt in genügender Menge (?) vorhanden sei. In Berlin hat eine Konferenz stattgefunden über die Regelung des Obstverkaufs. Es sollen Höchstpreise für das Reich für Aepfel, Birnen, Frühzwetschgen und Pflaumen festgesetzt werden. Die Gelceefabrikanten sollen zu Zwangs-Syndikaten zu gemeinsamem Einkaufe ihrer Bedarfsartikel und zur einheitlichen Regelung der Preise zusammengefaßt werden. Außerdem sollen die Betriebe kontrolliert und kontingentiert werden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. Juli.

Partei-Versammlung!

Morgen Mittwoch, abends ½9 Uhr, findet im Saale der Gewerkschaftszentrale (Alte Brauerei Heck), Kaiserstraße 13) eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei statt, in welcher Landtagsabgeordneter W. Kolb einen Vortrag über „Weltpolitische Rundschau" halten wird. Es wird zahlreicher Besuch der Veranstaltung erwartet.

* **Sozialdemokratische Bürgerausschuß-Fraktion.** Heute nachmittag ½4 Uhr im kl. R.-S. Fraktionssitzung.

* **Rote Kreuz-Spende.** Der Großherzog hat anläßlich seines Geburtstages, den er im Kreise der Familie auf Schloß Eberstein beging, dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz 2000 Mk. überwiesen.

* **Der Präsident des Kriegsernährungsamtes Batocki** wird in der zweiten Hälfte des Monats Juli in Karlsruhe zur Rücksprache mit den badischen Regierungsstellen eintreffen. Bei einer im Ministerium des Innern stattfindenden Konferenz werden auch die Handels-, Handwerks- und Landwirt-

* **Bekämpfung des Nahrungsmittelwuchers.** Durch eine Verordnung vom 24. Juni müssen vom 1. August ab alle diejenigen, die mit Nahrungsmitteln Handel treiben, um Genehmigung nachsuchen. Keine Anwendung findet diese Bestimmung auf die Personen, die Lebensmittel unmittelbar an das Publikum absetzen. Getroffen werden also davon nicht die Kleinhändler, sondern nur der Groß- und der Zwischenhandel. Die Genehmigung kann versagt werden u. a. wenn aus volkswirtschaftlichen Gründen Bedenken bestehen. Verboten ist das Angebot größerer Mengen von Lebens- und Futtermitteln in periodischen Druckschriften und zur Abgabe von Preisangeboten aufzufordern. Bei dem Angebote von Lebens- und Futtermitteln darf keine Täuschung über die Größe der Vorräte erweckt werden. Eine Nachprüfungspflicht über die Richtigkeit der Angaben in den Anzeigen besteht für die Zeitungen nicht.

schaftskammer und Vertreter der Presse zugegen sein.

* **Verbesserungen in der Fettversorgung.** Wie wir erfahren, sind von dem Kriegsernährungsamt neue Bestimmungen in der Fettversorgung für das ganze Reich geplant. Kommen diese in Aussicht genommenen Bestimmungen zur Verwirklichung, so dürften in Baden 90 Gramm Speisefett in der Woche auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Bis jetzt kommen 125 Gramm Speisefett in 14 Tagen auf den Kopf der Bevölkerung. Die neuen Bestimmungen würden demnach für Baden eine Verbesserung in der Fettversorgung bedeuten

* **Fleischversorgung.** Da die Reichsfleischkarte am 1. September ds. Js. zur Einführung kommt, wird die badische Fleischkarte noch für die letzte Augustwoche gestreckt werden. Da auf gewissen Gebieten eine Einschränkung der Fleischversorgung eintreten konnte, so ist die Aufbringung von Schlachtvieh etwas gesunken. Von der Regierung wird nun die Absicht erwogen, bei einer gut ausfallenden Ernte der Bevölkerung mehr Mehl und andere Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen, dagegen den Fleischkonsum weiter einzuschränken, um im Winter einen größeren Vorrat an schlachtreifem Vieh zu haben. Dadurch will man auch die Beschaffenheit des Schlachtviehs, über die geklagt wird, heben. Die Kommunalverbände sollen übrigens angehalten werden, die Fleischzuweisungen in den Gasthäusern einzuschränken, damit nicht, wie es häufig vorkommt, in den Wirtschaften Fleisch genug vorhanden ist, während die Haushaltungen gar kein oder nur wenig Fleisch erhalten.

* **Förderung der Kaninchenzucht durch die Postverwaltung.** Das Reichspostamt hat durch die Oberpostdirektionen die Verkehrsämter veranlaßt, das Personal auf die Vorteile der Kaninchenzucht hinzuweisen, um bei jeder Gelegenheit zur Aufnahme dieser Zucht, insbesondere zum Beitritt der Züchter zu Kaninchenzuchtvereinen, anzuregen. Züchtervereine, die sich um die Förderung der Zucht unter den Angehörigen der Postverwaltung besonders verdient machen, sollen u. a. mit angemessenen Beihilfen unterstützt werden.

* **Selbstmordversuch.** Ein am Verfolgungswahn leidender, 38 Jahre alter Metzger von hier brachte sich Sonntag nacht 12,45 Uhr in seiner in der Marienstraße gelegenen Wohnung mit einem Taschenmesser Schnitte an den Pulsadern, den Oberarmen und am Hals bei. Er wurde mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht.

* **Ueber zeitgemäßes Einkochverfahren** mit und ohne Zucker und mit Sacharin sprach am Mittwoch abend im großen Hörsaal der Techn. Hochschule Frau Luise Kautz im Verein Volksbildung. Diese unermüdlich tätige Frau bot ihre reichen Erfahrungen aus der Praxis zur Herstellung von Dauerwaren und Krankenkost aus Obst, Gemüse und Fleisch mit einer sicheren humorvollen Art. Man glaubte sich beim Anblick der ausgestellten Leckerbissen tatsächlich ins Schlaraffenland versetzt und war erstaunt zu hören, daß es auch heute trotz aller Knappheit der Lebensmittel möglich ist, solche Vorräte für den Winter anzusammeln und zwar zu so niederen Preisen, daß sich auch jetzt noch die Anschaffungskosten für Gläser usw. bald lohnen. Wir können hier nicht alle Winke, Kunstgriffe und Rezepte wiederholen, deren Beachtung unumgänglich notwendig ist, und die insbesondere für diejenigen unsagbar wertvoll sind, die jetzt auf einem eigenen Stückchen Erde etwas ernten können. Aber man ist überrascht zu sehen, wie viel Nährwerte im Feld und Wald und im Haushalt noch immer verkommen aus Unkenntnis. Der Vortrag ist wie die übrigen bekannten Schriftchen der Verfasserin als Flugblatt Nr. 6 gedruckt im Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei zu haben unter dem Titel: „Frischhaltung von Früchten, Fruchtsäfte mit und ohne Zucker, Einkochen mit Sacharin, Gemüse, Fleisch, Wild, Wurstbereitung mit Kostenberechnung über den Gläserinhalt."

Den vollen Wert des Gebotenen erkennt freilich nur, wer sich an einer Probe überzeugen konnte, daß nicht nur dem Auge und dem Geldbeutel, sondern auch verwöhnten Ansprüchen an Duft und Geschmack Rechnung getragen ist. Es handelt sich hier in der Tat keineswegs nur um einen Notbehelf für die harte Gegenwart und es kann deshalb auch nicht eindringlich genug auf die Gelegenheit, diese Rezepte praktisch zu erlernen, hingewiesen werden, die der Verein für gärungslose Früchteverwertung bietet, indem er in seiner neuen Einkochstelle Zähringerstraße 82 wöchentlich an Nachmittagen zwei Kurse abhält und eine dauernde Beratungsstelle für Hauswirtschaft geschaffen hat.

Neues vom Tage.

„Hochfeine Leberwurst".

Hamburg, 10. Juni. Der Fettwarenhändler Johann Friedrich Keller brachte eine „hochfeine Leberwurst" zu 2,20 Mk. in den Handel, in der nicht die geringste Spur von Leber, Fleisch oder Fett war. Sie bestand aus kleingehackten Gummiteilen und aus gläserigem Leimschlamm mit kleingeschnittenen oder gemahlenen Haarteilen! In der Gerichtsverhandlung beantragte der Amtsanwalt für Keller drei Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte ihn zu 2000 Mk. Geldstrafe! — In diesem Falle wäre eine Gefängnisstrafe eher angebracht gewesen.

Veranstaltungen.

* **Sommertheater im städtischen Konzerthaus.** Die diesjährige Spielzeit beginnt nun definitiv Samstag, den 15. d. M., mit Freyssees kleinem Spiel aus großer Zeit: „Tante Tüs'chen". Vorher Festouverture und Vorspruch von Albert Herzog. Am Sonntag gelangt die Operettennovität: „Rund um die Liebe" zur Aufführung.

* **Palast-Theater,** Herrenstraße 11, bringt vom 12. bis einschl. 14. Juli wieder ein reichhaltiges Programm. „Die Mitternachtssonne", eine herrliche Naturaufnahme, „Sein Stellvertreter bis morgen früh" ist eine reizende Komödie, ein dreiaktiges Drama aus dem nördlichen Schweden, „Die Rache der Erde", ein Film mit wunderbaren Naturaufnahmen; ferner die neuesten Kriegsberichte. Zum Schluß „Das Rätsel der verschlossenen Tür", Drama in 3 Akten. Besondere Beachtung findet und verdient der Film „Das jüngste Gericht", in dem neben einer fesselnden Handlung außergewöhnlich schöne Landschaftsausschnitte zu sehen sind. Dieser Film ist jedoch nur noch heute zu sehen.

Letzte Nachrichten.

Die russischen Verluste in der Bukowina.

WTB. **Berlin,** 11. Juli. Die russischen Verluste an der Front in der Bukowina werden in einer von dem „Berliner

Lokalanzeiger" gebrachten Meldung des Budapester „Az Est" auf 85 000 Mann beziffert. Die Lage der Russen in der Bukowina habe sich verschlimmert.

General Pau erkrankt.

WTB. **Berlin**, 11. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt" aus Genf erfährt, berichtet das Pariser „Journal", daß sich der Führer der französischen Kommission in Rußland, General Pau, gegenwärtig in dem Kurort Essontouki im Kaukasus befinde, um sich dort von schwerer Krankheit zu erholen.

Briands Sieg über Clemenceau.

WTB. **Paris**, 10. Juli. (Nichtamtlich.) Der Senat beendete die Erörterungen der Anfragen bezüglich der nationalen Verteidigung und nahm mit 251 gegen 6 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die Lehren aus der Schlacht an der Somme.

WTB. **London**, 11. Juli. Der Berichterstatter der „Times" an der Westfront meldet, man könne aus der Schlacht die jetzt geschlagen werde, zwei Lehren ziehen. Die eine sei der unermeßliche Wert des Maschinengewehrs für die Verteidigung, vorausgesetzt, daß sich das Gelände dazu eigne und daß genug Zeit bleibe, um die Stellungen so viel als möglich zu befestigen. Die zweite sei die große Wichtigkeit einer unbeschränkten Menge Artillerie von möglichst schwerem Kaliber als Angriffswaffe.

Die Wirkung des deutschen Sperrfeuers.

London, 11. Juli. **Der Berichterstatter der „Times" im englischen Hauptquartier meldet: Das doppelte Sperrfeuer, das der Feind im Augenblick des Beginnens unseres Angriffs auf unsere ersten Laufgräben und das dahinter gelegene Gelände legte, war vielleicht ebenso schrecklich wie das Maschinengewehr- und Gewehrfeuer, durch das unsere Mannschaften hindurch mußten, um über den zwischen den feindlichen Stellungen gelegenen Raum wegzukommen. Es stellte sich heraus, daß das Verhältnis unserer Verluste, die beim Beginn der Schlacht auf Gewehrfeuer zurückzuführen sind, zu den durch Maschinengewehre und schwere Kanonen verursachten sehr klein ist. Die Konzentration von Geschützen und die verborgenen Maschinengewehrstellungen verhinderten uns, im nördlichen Frontteil größere Fortschritte zu machen.**

Zur Ankunft des deutschen U-Bootes in Amerika.

Baltimore, 11. Juli. (Reuter.) Das hier angekommene deutsche Unterseeboot namens „Deutschland" erhebt Anspruch darauf, ein unbewaffnetes Handelsschiff zu sein, das Frachten führt. Seine Ladung ist an Schumacher u. Co. in Baltimore konsigniert. Sie besteht aus Farbstoffen und Medizinen, Lake. Der Kommissar der Lake Torpedo Company in Bridgeport (Connecticut) erklärte, er beabsichtige, einen Prozeß gegen die „Deutschland" anzustrengen, da sie die Patente der Lake Company verletzt habe. Die Offiziere der „Deutschland" stellen in Abrede, daß das Unterseeboot von feindlichen Kriegsschiffen verfolgt wurde und erklären, daß sie weder britische noch französische Kriegsschiffe gesehen haben. Ein Küstenschutzkutter folgte der „Deutschland" auf ihrer Fahrt nach der Chesepeake-Bai. Der Grund hierfür wurde nicht angegeben, aber es verlautet, daß das Unterseeboot unter Aufsicht bleiben solle. Die Firma Schumacher u. Co. ist Agentin des Norddeutschen Lloyd.

Ein Attentat auf den Präsidenten von Argentinien.

WTB. **Buenos Aires**, 10. Juli. (Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Gestern gab nach der Truppenschau ein Individuum, das erklärte, Anarchist zu sein, einen Revolverschuß auf den Präsidenten der Republik ab, der sich auf dem Balkon seines Palastes befand, und verwundete ihn.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: **Wilhelm Kolb**; für den übrigen Inhalt: **Hermann Kabel**; für die Inserate **Gustav Krüger**, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Die Firma Josef Schlaile, Pianohandlung, Douglasstr. 24, hat sich mit der Firma Odeon-Haus, Kaiserstraße 187, vereinigt und die vollständig modern eingerichteten Geschäftsräume Kaiserstraße 175 bezogen. Die Räume umfassen, in drei Stockwerken, einen etwa 700 Quadratmeter großen Flächeninhalt und dürften somit das größte Geschäft der Musikbranche Süddeutschlands sein. Das reichhaltige Lager, das in einzelne Abteilungen eingerichtet ist, verbürgt dem Publikum einen vorteilhaften Einkauf.

Pfannkuch & Co

frisch eingetroffen:
Ein Waggon
grüne dicke
Bohnen

Pfund **22** Pfg.
Diese geben, gut geputzt und entfasert, ein nahrhaftes Gemüse. 2263
Verlangen Sie Kochvorschriften in unseren Verkaufsstellen.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen

Umzüge m. Möbelwagen od. Rollen besorgt durch Selbstmithilfe am allerbilligst. **K. Mulfinger, Lessingstr. 20, Tel. 1700.** Haftbar f. Schaden d. Diebstahl, Haftpfl.- u. Transp. Versicherung. 2157

2 bis 3
Arbeiterinnen
zum Lumpensortieren werden gesucht. 2268
J. Schneller
Durlacherstraße 34.

Städt. Konzerthaus
1. Sommer-Spielzeit.
Direktion: **Hans Keller.**
Samstag, den 15. Juli
Festouvertüre.
Hierauf:
Vorspruch v. Albert Herzog.
Anschliessend:
„Tante Tüs'chen."
Ein kleines Spiel aus grosser Zeit in 3 Akten v. Frehsee.
Anfang 8¼ Uhr.
Sonntag, den 16. Juli
Operetten-Novität:
„Rund um die Liebe"
in 3 Akten von O. Strauss.
Anfang 7½ Uhr.
Dutzendkarten und Tageskarten ab heute bei **Geschw. Moos,** Kaiserstr. 187. 2267
Sonntags ist der Vorverkauf von 11—1 Uhr im Konzerthaus.

Tüchtiger
Wagner
Bankschmied
Jungschmied
oder
Zuschläger
Dreher 2237
finden bei hohem Lohne sofort dauernde Beschäftigung bei
Carl Metz
Feuerwehrgeräte-Fabrik
Karlsruhe i. B.
Bannwald-Allee 44.

Maurer, Taglöhner u. Zimmerleute
finden dauernde Beschäftigung bei 2048
Josef Held
Baugeschäft
Karlsruhe, Südendstr. 24.

Zuverlässiger 2230
Lokomotiv- oder Baggerführer
sofort bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht.
A. Kiefer, Dampfbaggerei
Knielingen.

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reisekoffer. 2156
Erstes größtes An- u. Verkaufsgeschäft Levy
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Die Abteilung II des Badischen Frauenvereins
nimmt 1915
dreijähr. Schülerinnen
unentgeltlich auf. Auskunft erteilt die Leiterin der Krippe,
Baumeisterstraße 5.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

39. Danksagung für auswärtige Gaben.

An Spenden für das Rote Kreuz sind von **außerhalb der Stadt wohnhaften Personen** bei unserer Kassenverwaltung in der Zeit vom 1. bis 30. Juni weiter eingegangen:

Von den Frauenvereinen: Schönau b. H. 5 ℳ, Kippenheimweiler 5, Lützelsachsen 15, Wollmatingen 10, Friedrichstal (Hayssammlung) 70, Rintheim 15, Malterdingen 12,59, Altenheim 20, Wehr 50, Dettingen 5, Hilzingen 11, Eubigheim 11,35, Linx 30, Königsbach 12,50, Neidenstein 30, Büchig 10, Eggenstein (Frau Pfr. Obländer aus dem Lazarettbetrieb) 100.

Von den Kirchengemeinden und Pfarrämtern: Graben 25, Ittlingen (aus Kriegsgebetstunden) 45, Büchenbronn 50, Leopoldshafen 10, Kork 50, Eggenstein 8,50.

Von: Newyork, Bad. Volksfestverein 2000.

Durch das Rote Kreuz: Stockach, Ortsausschuß (f. Mai) 100, Schopfheim, Ortsausschuß (f. Mai) 300, Wolfach, Bezirks- und Ortsausschuß (Ergebnis des Papiertages im Bezirk) 1843,20, Neustadt, Ortsausschuß (f. Januar bis Mai) 1500, Bad.-Rheinfelden, Ortsausschuß (f. Juni) 200, Baden-Baden, Ortsausschuß 500, Bruchsal, Ortsausschuß 400, Sinsheim, Bezirksausschuß 100, Badenweiler, Ortsausschuß 50, Staufen, Ortsausschuß 50, Lörrach, Ortsausschuß 800, Säckingen, Ortsausschuß 200, Rußheim, Ortsausschuß 100, Durlach, Ortsausschuß (f. Juni) 400, Villingen, Ortsausschuß (f. Juni) 300, Müllheim, Ortsausschuß (f. Juni) 300, Hasel, Ortsausschuß 50, Mannheim, Ortsausschuß 5000, derselbe (f. Abnahmestelle) 3000, Ettlingen, Ortsausschuß (f. April) 400, Waldkirch, Ortsausschuß (f. Mai und Juni) 200, Kehl, Ortsausschuß 200, Rastatt, Ortsausschuß (Rest aus der Papiersammlung) 350, Donaueschingen, Ortsausschuß (f. Kaiser-Geb.-Sammlung) 343,87, Weinheim, Ortsausschuß (f. Juni) 300, Meßkirch, Ortsausschuß (für Juni) 50, Gengenbach, Ortsausschuß (f. Mai) 500, Heidelberg, Bezirksausschuß (f. Mai) 914,70, Triberg, Ortsausschuß (f. 1916) 500, Uberlingen, Ortsausschuß (f. Juni) 250, Schwetzingen, Ortsausschuß 500, Emmendingen, Bez.-Ausschuß (f. Juni) 300, Wertheim, Ortsausschuß 471, Pforzheim, Ortsausschuß (f. Juni) 1000, Wolfach, Bez.-Ausschuß (f. Juni) 400.

Von Bahn- usw. Personal der Stationen: Bahnhofkommandantur Immendingen 20,35, Riegel, Stationsamt (Beamte) 15, Malsch, Schwarz, Eisenb.-Sekr. 5, Freiburg, Stationsamt (Beamte und Beamtinnen) 37,50, Kippenheim (Stationsamt) 10, Durlach, Stationsamt (3 Beamte) 11,50, Malsch, Hoog, Oberstat.-Kontr. 5, Oppenau, Stationsamt 24, Freiburg, Bahnhofskommandantur 5, Freiburg, Personenstat.-Kasse 9,50, Radolfzell, Stat.- und Zugpersonal 44,50, Baden-Baden, Stationsamt (Beamte) 9, Baden-Oos, Stationsamt (Beamte) 14,50.

Ferner von: Opernsänger F. Jäger (24 + 56 + 35 + 65 + 20 + 15) zus. 215 ℳ, Leutnant d. R. Oertel für von ihm in der Gefangenschaft in Chateauneuf ausgeführte Bildnisse gefangener Offiziere (7. Gabe) 200, J. L. de Ball u. Cie. Nachf. Graslitz (Böhmen) 1,35, Konstanz, Großh. Amtsgericht (Inh. d. Sammelbüchse) 206,97, Wilferdingen, Postsekretär Canz 5, Neckargemünd, Fanny Elise Bauer (w. G.) 100, Freiburg, Dir. Baesecke (f. Gefangene) 100, Todtmoos-Wehrawald, Frau Dr. Lips 53,50, Basel, Frau Prof. Bernoulli-Hartmann 5, Friedrichsheim, Med.-Rat Dr. Curschmann (w. G.) 100, Basel, Frau Rothmann 1, Vörstetten, Pfarrer Hagen 5, Degerloch, Frau Emilie Benckiser (Monatsbeitrag) 1000, Zürich, Hilfsaktion der deutschen Frauen 25, Unterschüpf, Pfarrer Schenk 10, im Feld, Daletzki, Kriegskassenbuchhalter 2, Gochsheim, Pfarrer Weiser (Sammlung) 20, Waldshut, Großh. Amtsgericht (aus Abwesenheitspflegschaft Mettenberger) 332, Heidelberg, Stadttheater (Meißner) 118,20, Zürich, Frau Maier (f. Gefangene) 5, Dietlingen, Pfarrer Horr 12,50, Lörrach, Bez.-Kommando 1,60, Freiburg, Artillerie-Depot 1,60, Waldshut, Großh. Amtsgericht (aus Abwesenheitspflegschaft Gäng) 116, Offiziere der 2. Batterie, Feldart.-Regt. 50, 18, Illenau, Geh.-Rat Dr. Schüle (aus der Rollerstiftung) 500, Hornisgrinde (Pfingstgesellschaft) 9, Landwehr-Sanitätskomp. aus Strafgeldern 2, Ladenburg, Stadtkasse (einmalig) 1000, Wössingen, 1 Witwe (f. Gefangene) 20, Waldshut, Großh. Amtsgericht (aus Abwesenheitspflegschaft Zimmermann) 130, Major Funk, Etappenkommandantur, Bugarmee 517,95, Pforzheim, W. Aßmann 5, Emmendingen, Heil- und Pflegeanstalt (weibl. Warte- und Wirtschaftspersonal) 464, Wertheim, Frau Pastor Keferstein (f. Gefangene) 30, Mannheim, Oberrheinische Vers.-Ges. (Anteil) 3000, Mannheim, Gen.-Dir. Oskar Sternberg (Anteil) 1000, Pforzheim, Gebr. Sternheimer 69,92, Degerloch, Frau Emilie Benckiser (Monatsbeitrag) 1000, Furtwangen, Furtwängler u. S. 48,12, Chicago, Frau Geiger, Arzt-Wwe. 52,10; **zusammen 54 332,37 ℳ**, mit den bereits veröffentlichten Spenden im ganzen bis heute **1 405 043,75 ℳ**, darunter für den Liebesgabenfonds 391 822,14 ℳ.

Für die Kriegsbücherei gingen ein von: Offenburg, Kreisausschuß 500, Freiburg, Kreis und Stadt 2900, Handelskammer der Kreise Lörrach und Waldshut 7525, Offenburg, Stadtgemeinde 100, Heidelberg, Kreiskasse 2900, Karlsruhe, Kreiskasse 1600, Konstanz, Kreisausschuß 920, Bad. Landgemeindenverband 2900 ℳ.

Für alle Gaben herzlichen Dank!

Karlsruhe, den 30. Juni 1916. 2258

Der Vorsitzende der Depotabteilung:
Geh. Oberregierungsrat Beck.

Noch neuer gut spielend. Grammophon mit 12 doppels. neuen Platten zu 25 ℳ abzugeben. Anschaffungspreis war 75 ℳ 2265
25 Karlstraße 25, 1 Treppe.

Ausgekämmte Haare 2178
keine getragenen Arbeite") kauft, zu höchsten Preisen **Oskar Decker** Haarhandlung **Kaiserstr. 32.**

Vorzüglich frische
Blaufelchen Pfd. **2.60**

Schellfische
Pfund **60** ₰ **75** ₰ **95** ₰

Gesalzener Kabeljau	Pfund	**1.20**
Geräucherter Seelachs	Pfund	**2.40**
Neue Vollheringe	Stück	**23** ₰
Matjes-Heringe	Stück	**30** ₰
Kronen-Sardinen	Pfund	**1.20**
Anchovis	Pfund	**80** ₰

Hermann Tietz

Wir suchen für unsere Baustelle am Rheinhafen mehrere
Zementeure, Zimmerleute und Taglöhner
für längere Beschäftigung. 2248
Meldung bei Polier **Bühler, Elektrizitätswerk,**
Th. & O. Hessig.

Wie erhalte ich als Kriegsbeschädigter oder als Kriegswitwe eine
Kapitalabfindung
an Stelle von Kriegsversorgung?
(Mit amtlicher Genehmigung.)
Preis **50** Pfg., nach auswärts **5** Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volksfreund",
Luisenstraße 24. — Telephon 128.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote. Friedrich Schulz von Schönbrunn, Stadtvikar hier, mit Gerda Wiener von hier. Wilhelm Maisenhälder von hier, Techniker hier, mit Elsa Warth von hier. Karl Heß von Straßburg, Maler hier, mit Ida Bühler Witwe von hier. Ernst Göltenboth von Pfedelbach, Schneider hier, mit Wilhelmine Knoblauch von Pfedelbach. Richard Donner von Berlin, Zahntechniker in Mülhausen, mit Elsa Götz von hier.

Geburten. Helmut Friedrich, V. Friedrich Falk, Schreibgehilfe, Ilse Gertrud Hildegard, V. Richard Gern, Kaufmann.

Todesfall. Johann Böckle, Fabrikarbeiter, Ehemann, 55 J. alt.

Erdal
anerkannt bester
Wachs-Lederputz ohne üblen Geruch!